

# Thorner Presse.



## Abonnementpreis

für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;  
für auswärtig: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Bestellgeld.

## Ausgabe

täglich 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

## Redaktion und Expedition:

Katharinenstr. 1.

Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

## Insertionspreis

für die Spalte oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorner Katharinenstr. 1, Annoncen-Expedition „Invalidenten“ in Berlin, Haasenpfein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dufes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 21.

Freitag den 25. Januar 1895.

XIII. Jahrg.

Für die Monate Februar und März kostet die „Thorner Presse“ mit dem „Illustrirten Sonntagsblatt“ in Thorn Stadt und Vorstädten frei ins Haus 1,34 Mark, bei den Ausgabestellen und durch die Post bezogen 1 Mark.

Bestellungen nehmen an sämtliche Kaiserlichen Postämter, die Landbriefträger und wir selbst.

## Expedition der „Thorner Presse“ Thorn, Katharinenstraße 1.

### Politische Tageschau.

Der Kaiser wird auch zur Feier seines diesjährigen Geburtstages am nächsten Sonntag die Besuche zahlreicher deutscher Fürstlichkeiten erhalten, so insbesondere auch den des Königs von Württemberg, was im Hinblick auf die vor einiger Zeit im Schwange gewesenen tendenziösen Entstellungen der zwischen Berlin und Stuttgart bestehenden Beziehungen registriert zu werden verdient.

Mit Bezug auf die letzthin durch die Blätter gegangene und allgemein vermerkte Erklärung des deutschen Vizekonsuls Lindner in Birmingham, worin als einziges Mittel, um das in England unliebsam empfundene Zustromen fremder Waaren von dem dortigen Markte abzuwehren, die Erhebung hoher Zölle bezeichnet wird, und deren Fassung den Eindruck erwecken konnte, als ob der Vizekonsul im Widerspruch mit den Pflichten des ihm übertragenen Amtes gegen den deutschen Einfuhrhandel nach Großbritannien Stellung zu nehmen beabsichtigte, wird nunmehr richtigstellend bemerkt, daß der Genannte mit seiner Erklärung keineswegs die Einführung von Schutzzöllen in England ernsthaft habe empfohlen, sondern angesichts der vielfachen Klagen in der englischen Presse über die Zunahme der fremden, namentlich der deutschen Waareneinfuhr nur ironisch darauf habe hinweisen wollen, daß die logische Konsequenz der gegen den deutschen Wettbewerb gerichteten Feindseligkeiten die Aufgabe des von der öffentlichen Meinung Englands noch immer festgehaltenen Freihandelsprinzips sei.

Die „große“ Staatsrede des Herrn Eugen Richter war diesmal noch weniger als sonst ein Meisterstück. Seitdem man gewohnt ist, die Richter'schen Reden als bloße Scheerarbeit aus der Nachtausgabe der „Freisinnigen Btg.“ anzusehen, ist das Interesse an den „großen“ Staatsreden, die sonst manches „Ueberraschende“ boten, geschwunden. Diesmal aber war die allseitige Abfertigung, die der freisinnige „Großpensionär“ erhielt, eine so „volle und ganze“, daß er erregt in allerhand unartikulierten Zwischenrufen und Unterbrechungen, wie sie sonst zur Spezialität Richters gehören, sich Luft zu machen genöthigt war. Herr Richter brachte den alten Witz von der „Lutanisirung“ der Minister aufs Tapet, mußte aber die ernste Rüge des Herrn von Bötticher hinnehmen, der ausdrücklich feststellte, daß bei dem letzten Ministerwechsel ein vollständiges Einverständnis zwischen der Krone und den beteiligten Ministern bestanden habe, und der dann weiter erklärte, daß jeder einzelne der Herren, die ins Ministerium eingetreten sind, sich mit dem Ministerpräsidenten über die einzuschlagende Politik verständigt habe, so daß jeder Minister also von ganzen Herzen und mit vollster Ueberzeugung für diese Politik eintreten könne. Im übrigen gab nicht nur der stellvertretende Ministerpräsident,

sondern auch Graf zu Limburg-Sturum dem Abgeordneten Richter zu bedenken, daß der Verfassung gemäß es Sr. Majestät dem Könige überlassen werden müsse, wann er seine Minister zu entlassen für nöthig und welche Personen zu berufen er für gut hält. Tags darauf ergriß auch noch der Ministerpräsident Fürst zu Hohenlohe das Wort, um die Entstehungsgeschichte von „Gerüchten“, wie sie Herr Richter zu kolportieren liebt, in launiger Weise darzulegen, und schilderte, wie gute Freunde von „kommenden Männern“ deren Namen bald als Minister, bald als Botschafter in die Zeitungen „lancciren“, um auf diese Weise Stimmung zu machen. Solche Gerüchte aber solle man an sich ablaufen lassen wie Regentropfen vom Gummimantel. Daß Herr Richter über den „Steuerautomaten“ und die „Begehrlichkeit der Landwirthe“ bald wetterte, bald einige seiner bekannten „derben“ Witze riß, ist nun einmal unausbleiblich. Allein auch diese Punkte der „großen“ Staatsrede wurden siegreich widerlegt, und insonderheit waren es die konservativen Abgeordneten Graf zu Limburg-Sturum und Frhr. v. Erffa, die Herrn Richter ob seines Begehrlichkeitsgeschreies, das doch nur seine Vorliebe für die so „bescheidenen“ Börsen- und Großhandelsinteressenten verdecken soll, tüchtig abfertigten. Herr Richter ging etwas stark „gerupft“ aus der ersten Staatsdebatte heraus. Es wird ihm schwer werden, sein derangirtes Gefieder sobald wieder herzustellen.

In Gotha hat das „Umsturzgesetz“ die beiden „Tobtfeinde“, Sozialdemokratie und Freisinn, zusammengeführt. Die von dem Freisinnführer Eugen Richter in zahlreichen gangbaren Büchern und noch zahlreicheren schönen Reden „vernichtete“ Sozialdemokratie hat dem Freisinn brüderlich die Hand gereicht und beide zusammen haben eine „Protestversammlung“ gegen die Umsturzvorlage veranstaltet. Dabei ist die folgende Resolution zur Annahme gelangt: „Die heute im Schießhaussaale tagende Volksversammlung beschließt als flammenden Protest: „Die Umsturzvorlage gefährdet die bürgerliche politische Freiheit, insbesondere die Freiheit der Meinungsäußerung, die Lehrfreiheit, die Freiheit der Presse und des Versammlungsrechtes, und ist daher unbedingt abzulehnen.“ — Daß die Sozialdemokraten ihre Selbstverleugnung so weit treiben, für die „bürgerliche“ politische Freiheit einzutreten, ist rührend. Diese „bürgerliche“ Freiheit, wie sie der Freisinn „meint“, muß also wohl für die Sozialdemokratie recht schätzenswerth sein.

Der politische Klatsch spielt in der Presse unserer Opposition heutzutage eine große Rolle. Man wird nicht behaupten wollen, daß das ein gesunder Zustand sei; allein man muß damit leider rechnen. Vielleicht liegt es an der Unterschätzung der Macht, die die Presse thatsächlich ausübt, daß man an maßgebender Stelle dieser Klatschkultur gegenüber solange mit verächtlichen Armen den Zuschauer gespielt hat; allein nachgerade hat es sich doch gezeigt, daß auch in diesem Falle das Gebenlassen von Uebel ist. Was ist beispielsweise an das nunmehr hinreichend erklärte Fehlen der Inschrift auf dem Reichstagsgebäude für Klatsch geheftet worden! Nun ist allen den geistreichen Berichten der Boden entzogen und schon sieht man nach neuem Klatsch sich um. Es ist nicht, als ob ernsthafte Männer die „unentwegte“ Politik machen, sondern als ob es Kaffeeschwärmern seien, die flüsternd den gespannt lauschen-

den Basen ihre Geheimnisse zum besten geben. Der größte Theil der freisinnigen Blätter lebt freilich vom Klatsch; die Sachlichkeit in den Erörterungen hat aufgehört, das fortwährende Wiederholen der alten Fortschrittsweisheit, die so schwer schon allenthalben diskreditirt ist, ist natürlich den Lesern langweilig geworden. Da soll die Klatschpolitik etwas Frische in die Sache bringen. Dieses fortwährende Zischeln und Munkeln aber schafft Beunruhigung, es lenkt den Blick von dem Realen ab und giebt Konjunkturpolitikern Gelegenheit zu lähnen verdächtigen Wendungen. Man sollte also dem politischen Klatsch nicht indifferent gegenüberstehen, sondern auf freier That ihm durch rasche Aufklärung den Boden entziehen.

Die Wuth der Sozialdemokratie auf Hans Blum erklärt sich nunmehr zur Genüge, wenn man liest, was letztgenannter Herr über die Beziehungen Boulangers zu gewissen Leuten öffentlich mittheilt. „Um meinen Rundschafferdienst zu vervollständigen (sagte Boulanger), welcher infolge der Vorichtsmaßregeln der fremden Regierungen immer schwieriger sich gestaltete, wollte ich ein Organ zu meiner Verfügung haben, welches mir — unter dem Deckmantel (couvert) auswärtiger Korrespondenzen — eine mächtige Beihilfe gewährte, Agenten zu erhalten und mit ihnen zu verkehren.“ „Ich wollte aber vor allem — Sie nöthigen mich zu bedeutsamen Enthüllungen — unter meiner Hand Leute zur Verfügung haben, die mit den Sozialdemokraten eines gewissen Landes Verbindungen unterhielten, auf deren Dienste sich zählen konnte an dem Tage, der dem Ausbruch des Krieges vorausging, aber erst an eben diesem Tage. Aus diesem Grunde wollte ich in diesem Blatte Leute haben, die an der sozialdemokratischen Bewegung Theil genommen hatten.“

Zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien ist ein nicht ganz harmloser Konflikt ausgebrochen. Bulgarien hat unlängst eine neue Accise und Patentsteuer eingeführt, durch welche Oesterreich-Ungarn sich in seinen Handelsinteressen schwer benachtheiligt sieht, weshalb es bei der bulgarischen Regierung Widerspruch erhob. Die bulgarische Regierung hat den Einspruch nun in einer scharfen Note zurückgewiesen. In Wien scheint man entschlossen zu sein, die diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien abzubrechen, wenn letzteres nicht schließlich nachgiebt.

Ein sensationelles Gerücht bringt der Telegraph aus der Hauptstadt Belgiens wie folgt: „Das offiziöse „Handelsblatt“ schreibt, daß die Rongovorlage abgelehnt sei und der König abdanken und sich nach England zurückziehen werde. Die Nachricht erregt ungeheures Aufsehen.“ Die Rongovorlage verlangt bekanntlich die Uebernahme des Rongostaates durch Belgien. Diese afrikanische Staatenerschöpfung ist das persönliche Werk des Königs, der dafür aus seine Privatschatulle ungeheure Opfer — mindestens 15 Millionen Franks — gebracht hat. An der Sicherung dieses Wertes und an seiner Anwendung an Belgien hängt des Königs ganzes Herz. Es ist daher begreiflich, wie sehr ihn eine Ablehnung der diese Ziele verfolgenden Vorlage betrüben würde. Nichtsdestoweniger ist die Nachricht von seiner eventuell eintretenden Abdankung höchst unwahrscheinlich.

Das griechische Ministerium Trikupis ist zurückgetreten. König Georg hat den Staatsanwalt Thvanopoulos mit

### Junge Anfänger.

Novelle von Gustav Höder.

(4. Fortsetzung)

Nachdruck verboten.

Die Dame an Mohrenhaupt's Fenster hatte hellblondes, sorgfältig frisirtes Haar, blaue Augen und auf den Wangen das Infarnat einer vornehmen Gesundheit. Ihr Gesicht war regelmäßig, aber nicht einschläfernd, sondern es erhielt wach wie ein Ehegespräch über Musik, Poësie und Pariser Moden unter gleich verwandten Geisnern.

Ihr Teint war von jener Zartheit, die wohl verdient, unter Sonnenlicht und Schleier conservirt zu werden. Wenn im übrigen auf die junge Dame von der Polizei vigilirt worden wäre, so hätte man, selbst nach dem genauesten flechtbrieflichen Signalement, unter sechs Duzend Blondinen gewiß einundsehzig unzulbige aufgegriffen.

Wenn sich aber, lieber Leser, eine solche Dir gegenüber auf eine Entfernung, die so zu sagen „über Schnupstuch“ ist, plötzlich einquartiert, eines Tages zum Fenster heraussteht und Dir plötzlich auch einen zufälligen Blick zuwirft, so wirst Du mindestens angenehm überrascht sein. Du wirst im Laufe des Tages sehr häufig nach jenem Fenster hinaufsehen, wirst, wenn Du es leer findest, Dich nicht sehr angenehm enttäuscht fühlen, und — so oft Du ein gewisses Geräusch hörst, als würde eben ein Fensterflügel geöffnet, wirst Du Dich angelegentlich danach umsehen!

Gerade so erging es unserm Freunde Druck, der außerdem noch von der lebhaftesten Neugier erfüllt war, in welchem Verhältnis die unbekante Schöne zu dem bekannten Rentier eigentlich stehe. Dazu durchzitterte ihn eine geheimnißvolle Ahnung, die sich schwer beschreiben läßt und über welche er sich selbst keine klare Rechenschaft abzulegen vermochte; aber in der folgenden Nacht träumte Druck, an Mohrenhaupt's Fenster ständen dessen feigenähnte Selbstäde und einer derselben habe,

troz der tüchtigen Nacht, ein großes Loch und schüttete durch dasselbe seinen Inhalt auf die Straße — in Druck's Hut hinein. — Und als Druck den Hut näher betrachtete, war es ein großer eiserner Kochtopf.

Als Leidlitz am folgenden Morgen, von einem kleinen Geschäftstage zurückkehrend, in das Comptoir trat, blieb er wie versteinert stehen; der Gegenstand seines Erschaunens aber sah noch viel mehr als Leidlitz einer Versteinerng ähnlich, denn er sah nicht nur in zurückgelehnter Haltung bewegungslos in einem Stuhle, sondern er schien auch zum Theil wirklich aus weißem Marmor gemeißelt zu sein. Der Meister Bildhauer stand daneben, warf zuweilen einen prüfenden Blick auf sein Werk und wetzte dabei ein blinkendes Messer.

„Aber lieber Druck!“ redete Leidlitz, der die eine Hand noch immer auf der Thürklinke hielt und mit der andern die Hautkrämpfe erfasst hatte, die Marmorstatue an, „Du hast Dich doch bisher immer selbst rasiert!“

Druck vermochte nicht zu antworten; er war bis an die Nase eingeseift.

„Und mein Comptoir ist doch wahrhaftig keine Barbierstube.“ grollte Leidlitz mit einem stehenden Seitenblick auf seinen Schemel, auf welchem der Barbier sein gelbmessingenes Becken und seinen Scheerbeutel ausgekramt hatte.

„Ja, das ist ein alter eingeseifteter Geldmann,“ fuhr der Barbier unbekümmert um die Dozwischenkunst Leidlitz's, in seiner Unterhaltung fort, „wer kein Geld hat, der ist in seinen Augen ein Lump. Ich bediene ihn seit fünf Jahren, aber ich möchte es nicht wagen, ihn um ein Darlehn von nur einem Thaler anzugehen, er würde mir schön heimleuchten.“

Druck suchte mit den Augenbrauen, da er nicht sprechen durfte, denn der gewandte Barbier schabte und mähetete eben zwischen Mund und Nase, daß der Bart in Garben herabfiel.

„Es ist überhaupt ein schwerer Umgang mit diesem Manne,“ fuhr der Bartkünstler fort, „er hört schwer, als hätte er mit

den Ohren sein Geld verdient und brauchte diese nun nicht mehr. Bei abler Laune hörte er am schwersten. Einmal hat ich ihn, mir einen Weisenkopf zu schenken, der mir sehr gefiel und den er nicht mehr brauchte, — da war er gar taub!“

„Ja, ja!“ sagte Druck, der jetzt den Mund freibekommen hatte, „so ein alter Junggeselle hat seine Eigenheiten.“

„Junggeselle?“ rief der Barbier, „weil gefehlt! Er hat ja eine erwachsene Tochter!“

„So, so, hat er eine Tochter? das ist etwas anders, dann ist er am Ende gar auch schon Großvater!“

„Sie ist ja noch unverheirathet!“

„So, so, sie ist noch unverheirathet! Aber wenigstens doch Braut, nicht wahr?“

„Auch das noch nicht. Sie ist vollkommen frei, wie mir die alte Haushälterin gesagt hat.“

„Die Haushälterin? Wie weiß die, wie es in Fräulein Minna's oder Anna's oder Clara's Herzen —“

„Mathilde heißt das Fräulein.“

„Der in Mathilden's Herzen aussieht, sie kann ihr doch nicht auf Schritt und Tritt nachgehen oder heimlich verlebten Blicken in Theater und Concerten Fußstapfen stellen, oder —“

„Fräulein Mathilde ist ja erst seit zwei Tagen in der Stadt, in so kurzer Zeit knüpft sich kein Verhältnis an.“

„Erst seit zwei Tagen in der Stadt? Desto schlimmer, so hat sie vielleicht schon längst eine Liebe auf dem Lande. — Was hat sie denn auf dem Dorf gethan? Feldwirthschaft erlernt?“

„Sie war nicht auf dem Dorfe, sondern bei Verwandten in der Schweiz, und ist nach einjährigem Aufenthalt daselbst zurückgekehrt, um den Zubringlichkeiten eines jungen Mannes zu entgehen, den sie nicht wiederlieben konnte. Ich denke, daraus läßt sich mit Sicherheit schließen, daß die Hand der jungen Erbin noch frei ist. — Gehorsamer Diener.“

„Da haben Sie recht!“ sagte Druck, während er sich die

der Kabinettsbildung beauftragt. Vielleicht wird nur ein Geschäftsministerium gebildet.

Nach einer Meldung aus Buenos-Ayres hat der Präsident von Argentinien Saenz Pena dem Kongress seine Demission eingereicht. Der Kongress hat den Vizepräsidenten Uribaldea zum Nachfolger Saenz' proklamiert. In der Botenschaft, mit welcher Saenz seine Demission anzeigte, erklärte er, er nehme seine Entlassung, weil er die verlangte allgemeine Amnestie für eine wahre Aufforderung zur militärischen Anarchie und für eine Diskreditierung der Nation halte.

### Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 23. Januar 1895.  
(Eröffnung 11 Uhr.)

Am Ministertische: Dr. Miquel, Freiherr von Hammerstein-Boitzen, Dr. Boffe.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.  
Abg. Mottly (Vole) erklärt die Ausführungen des Finanzministers für richtiger als die des Abg. Richter, der da behauptet, daß wir kein Defizit haben, denn kein Finanzminister würde ein Defizit gern zugehen lassen wollen. Redner wendet sich dann dem Eisenbahnetat zu, dessen Ueberhörsse noch erhöht werden könnten, allerdings nicht durch Erhöhung der Personensteuer. Beim Landwirtschaftsetat kommt er auf die Nothlage der Landwirtschaft zu sprechen und meint, daß derselben unbedingt abgeholfen werden muß. Beim Kultusetat bringt Redner die Wünsche der Polen zur Sprache und wendet sich dann gegen die Thätigkeit des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostprovinzen.

Abg. v. Cynern (natl.) weist die Angriffe des Vorredners gegen diesen Verein zurück und kommt dann auf den Etat zu sprechen. Es gäbe kein Land, in dem die direkten Steuern höher seien, als in Preußen. Preußens Schulden sind garnicht so groß, es steht ihnen doch das ungeheure Eisenbahnkapital gegenüber. Die Konvertirung der 4prozentigen Rente könnte auch das Defizit decken. 12 1/2 Millionen, die der Staat der reichen Stadt Berlin für die Polizei zufließt, könnte man dieser selbst auflegen. Redner wendet sich dann dem Eisenbahnetat zu und betont darnach bezüglich der Paritätsfrage des Centrums, daß es nichts Unerhörteres gäbe, als Gustav Adolf einen Morbbrenner zu nennen, der Titel gehöre eher Tilly (Große Kurruhe im Centrum.) Seine Partei gönne der Landwirtschaft alles gute, sie will den Antrag Kanitz prüfen. (Lachen rechts.)

Finanzminister Dr. Miquel: Es sei nicht verwunderlich, daß man über die neue Steuerreform klage, die Ummäßigung sei zu einseitig. Ob die Kommunalsteuervergütung ungünstige Ergebnisse zeitigt habe, läßt sich noch nicht übersehen. Die Kommunen sind stets geneigt, neue Steuern zu erfinden, er sei dagegen ein wahres Kind. (Geisterleit.) Zu beiden sind die Kommunen in Steuerforderungen nicht, einige wollen schon eine hohe Biersteuer einführen, während der Staat solche Steuer noch garnicht hat.

Kultusminister Dr. Boffe: Der Grund gegen die Einbringung des allgemeinen Volksschulgesetzes wäre nach wie vor derselbe, nämlich die Unzweckmäßigkeit. Er will mit einem Lehrerbefolgungsgesetz dasselbe Ziel erreichen, der Entwurf dazu sei jetzt beim Finanzminister, er kann daher auf den materiellen Inhalt noch nicht eingehen, hofft aber ein günstiges Resultat zu erzielen. Gegenüber dem Abg. Vachem bemerkt der Minister, es wäre keine Animosität gegen die katholische Kirche, wenn in diesem Jahre keine großen Summen für katholische Kirchen ausgeworfen seien, in einem anderen Jahre könne es umgekehrt sein. Die Errichtung einer katholischen Abtheilung im Ministerium würde den konfessionellen Miß nur vergrößern.

Abg. Gothein (freif. Volksp.) erklärt die Eisenbahnreform für einen Sieg des Affektismus. Die Agrarier, die am lauesten gegen die Börse schreien, spekuliren am meisten. Die Annahme des Antrages Kanitz würde eine Vertragsverletzung gegen Rußland sein.

Abg. Wallbrecht (natl.) bittet um Verdrückung der durch die Eisenbahn-Verwaltungsreform entthronten gemordeten Leute, worauf Minister Thiele n. erwidert, daß dies bereits geschehen ist, bezw. geschehen wird.

Abg. Schwärze (Str.) hält die Finanzlage des Staats durchaus nicht für ungünstig, neue Steuern wären deshalb nicht nöthig.

Minister Miquel theilt diesen Glauben nicht, Vorredner sei nicht tief genug in die Finanzlage eingedrungen.

Abg. Vachem (Centr.) geht dann nochmals auf die Gustav Adolf-Feyer ein. Zu dem Minister habe er Vertrauen, aber nicht zu seinen Räten.  
Die Debatte wird geschlossen, die üblichen Theile geben an die Budgetkommission.  
Nächste Sitzung Freitag.

### Deutscher Reichstag.

21. Sitzung vom 23. Januar 1895.

Die Beratung der Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung, und zwar zunächst der Anträge Kropatschek und Gamp betr. Organisation des Handwerks (Handwerkerkammern und Befähigungsnachweis) wird fortgesetzt.

Abg. Bedch (freif. Volksp.) spricht sich für die freie Entwicklung des Handwerks ohne jede Zwangsorganisation aus.

Abg. Mehnert (Centrum) bekräftigt die Zwangsorganisationen und macht der Reichsregierung den Vorwurf, daß sie bei den Vorarbeiten zur Organisation des Handwerks zu langsam vorgehe. Wenn man nach so langen Jahren noch nicht wisse, was man thun solle, dann werde

Selbe aus dem Gesicht wusch. „Sie dürfen mich übrigens nun regelmäßig zwei Mal die Woche rasiren.“

Der Barbier empfahl sich, nachdem ihm Druck eine seiner Cigaretten zum Geschenk gemacht hatte.

Leidlich hatte eine eigenhümlische Gewohnheit, seine innere gereizte Stimmung an den Tag zu legen. Er wußte sich in solchen Fällen schwer mit Worten auszudrücken, weil er stets um den Anfang verlegen war, und so lange er noch keine passende Phrase, die den Gegner gleich niederhauen sollte, gefunden hatte, begnügte er sich damit, an allen beweglichen Gegenständen, die ihm unter die Hände kamen, unruhig umherzurücken.

Ehe er daher jetzt in salbungsvoller Rede seinen Associe darauf hinwies, wie unpassend es sei, die ersten Räume des Comptoirs wöchentlich zweimal in eine Barbierstube zu verwandeln und mit einem Barbierereier ein so vertrauliches Gespräch zu führen, hatte er zuvor die Landkarte gerade gerückt, den Docht der Lampe ein wenig höher gedreht und zwei Bleistifte so aneinander gelegt, daß sie einen rechten Winkel bildeten.

„Du kannst Dich ja zu Hause rasiren lassen,“ äußerte Leidlich am Schlusse seiner Rede.

„Das geht unmöglich,“ entgegnete Druck, „dann käme statt dieses jungen Mannes, der nur die Kunden dieser Straße besorgt, ein anderer Barbier, und das Rasiren hätte für mich denselben Nutzen wie für jenen ungewöhnlich dicken Postpassagier die beiden Plätze, die er für seine Person bestellte und wovon sich der eine im Hauptwagen, der andere in der Bekchaise befand. Denn Du mußt wissen, daß ich gerade dieses jungen Bartkünstlers bedarf. Er geht in einem Hause ein und aus, für das ich mich sehr lebhaft interessire, und statet mir Bericht ab.“

„War dies ein solcher Bericht? Und von wem ist eigentlich die Rede?“

„Von unserm Nachbar düben, dem alten Mohrenhaupt.“  
„Er besitzt eine Tochter, die ihn beerben wird?“ frug Leidlich plötzlich sehr freundlich.

(Fortsetzung folgt.)

man durch den Rath der Handwerkerkammern kaum klüger werden. Er lenne übrigens eine ganze Anzahl freiständiger Handwerker, die seinen Standpunkt theilten. Deshalb veranstaltete denn die liberalen Handwerker keine Gegenversammlungen! Wie komme es, daß gerade in Bayern so zahlreiche Anhänger des Befähigungsnachweises und der Zwangsorganisation seien und gerade Münden der Sitz des deutschen Handwerkerbundes sei, wenn wirklich die bayerischen Handwerker sich in glücklicher Lage befänden und von den Forderungen nichts wissen wollten? Die Regierung scheint es für genügend zu halten, wenn den Handwerkern ab und zu ein Knochen hingeworfen werde. Es müsse aber bald etwas durchgreifendes geschehen, wenn das Handwerk nicht ganz verschwinden soll. (Beifall.)

Staatsminister v. Bötticher erwidert darauf, daß der Vorwurf der Verschleppung nicht berechtigt sei, da die Regierung eingehende Erhebungen vornehmen und insbesondere die Meinungen und Wünsche Handwerker selbst sei übrigens gegen die Zwangsorganisationen.

Abg. Lohse (dsh.-soz. Reformp.) tritt namentlich für den Befähigungsnachweis ein.

Abg. Schneider (freif. Volksp.) führt aus, daß er die Kräftigung des Handwerks von dem Handwerkerstande selbst und der Tüchtigkeit seiner einzelnen Mitglieder erwarte.

Abg. Kühn (Soz.) erklärt sich gegen jede Zwangsorganisation sowie gegen den Befähigungsnachweis.

Abg. Dr. Kropatschek (konf.) spricht seine Bemuthung darüber aus, daß es seiner Partei gelingen sei, im Laufe von 10 Jahren Schritt für Schritt in der Handwerkerfrage Erfolge zu erzielen, und tritt mit Entschiedenheit für Zwangsorganisationen und Befähigungsnachweis ein. Darauf wurden die Anträge angenommen.

Die ebenfalls zur Beratung stehenden Anträge, betreffend die Konsumvereine und Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften werden infolge einer Erklärung des Staatsministers v. Bötticher, daß ein Gesetzentwurf über diesen Gegenstand heute dem Bundesrath zugegangen sei und dem Reichstage schon in wenigen Wochen vorliegen dürfte, von der Tagesordnung abgesetzt.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung der ersten Beratung der Zolltarifnovelle und erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnen-schiffahrt.

### Deutsches Reich.

Berlin, 23. Januar 1895.

— Sr. Majestät der Kaiser fuhr heute Morgen gegen 9 Uhr nach Potsdam und begab sich alsbald nach dem Längen Stall daselbst, um dort die Rekruten des ersten Garderegiments z. F. zu besichtigen. Nach Besichtigung eines Theiles der Kompagnien nahm der Kaiser bei dem Offiziercorps des Regiments das Frühstück ein und setzte darauf die Besichtigung der übrigen Kompagnien fort. Gegen 1 Uhr begab sich der Kaiser nach Berlin zurück.

— Der Kaiser hat anlässlich des Hinscheidens des Oberbürgermeisters Bötticher (des zweiten Vizepräsidenten des Herrenhauses) an den Magistrat zu Magdeburg folgendes Telegramm gerichtet: „Durch das so plötzlich erfolgte Ableben des Oberbürgermeisters Geh. Regierungsraths Bötticher hat die Stadt Magdeburg einen schweren Verlust erlitten. Hat doch der Verstorbenen in unerschütterlicher Treue zu seinem Herrscherhause fast sein ganzes Leben voller Aufopferung und Pflichttreue in den Dienst der Stadt gestellt und sich besonders zuletzt als Oberbürgermeister große Verdienste um Magdeburg erworben. Dem Magistrat spreche ich meine wärmste Theilnahme aus. Wilhelm R.“ Die Beerdigung des Verstorbenen hat gestern stattgefunden. Erschienen waren zu derselben u. A. der Minister des Kgl. Hauses, v. Wedel-Piesdorf, der Präsident des Herrenhauses Fürst zu Stolberg-Berningerode, der kommandirende General von Hänisch und Regierungspräsident Graf Daudis. Der Oberpräsident v. Pommer-Esche überbrachte den vom Kaiser gesandten Kranz, auch das Präsidium und die konservative Fraktion des Herrenhauses hatten Kränze gewidmet.

— Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers trifft am Sonnabend Abend auch der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha in Berlin ein.

— Die Oberhofmeisterin Ihrer Majestät der Kaiserin, Gräfin v. Brodowicz hat wegen schwerer Erkrankung ihres Vaters für kurze Zeit Berlin verlassen müssen. Die Kaiserin hat mit der Vertretung der Oberhofmeisterin die Gräfin zu Eulenburg, Gemahlin des Staatsministers Grafen zu Eulenburg, betraut.

— Nach einer Meldung des „Totalanzeigers“ ist Graf Herbert Bismarck bereits unter dem Reichskanzler Caprivi ein Postkammerposten angeboten worden, den er aber damals ablehnte.

— Auch die schlesischen Frauen und Jungfrauen rüsten sich zur Feier des 80. Geburtstages d. s. Altreichskanzlers. In allen Kreisen sind Ausschüsse gebildet worden, die Beiträge sammeln, um aus dem Ertrage der Sammlung dem Fürsten Bismarck echt schlesische Arbeiten, einen Teppich, in der Weberstube des Vaterländischen Frauen-Vereins in Neustadt, Oberschlesien, kunstvoll gewebt und geknüpft, und einen von Künstlern Schlesiens ausgeführten Adressenschrein zu schenken und außerdem auch eine der Vinerung der Noth gewidmete schlesische Bismarck-Stiftung zu gründen. An der Extrafahrt, die für den 5. und 14. Mai in Aussicht genommen ist, werden Frauen nicht theilnehmen. Wahrscheinlich fahren dieselben in eigenen Zügen.

— Der in Togo zum Nachfolger des Landeshauptmanns Puttkamer bestimmte von Derken ist in Konflikt mit Marineoffizieren gerathen und deshalb nach Kribi versetzt worden.

— Der unlängst von den Marschallinseln zurückgekehrte Landeshauptmann Dr. Schmidt ist gemäß seinem vor einem Jahre von Jaluit aus gestellten Antrage zur Disposition gestellt worden. Sein Refinden hat sich seitdem indessen erheblich gebessert.

— Major von Wismann ist auf seiner Hochzeitsreise in Neapel an akutem Gelenkrheumatismus, verbunden mit den alten asthmatischen Anfällen, erkrankt und hat die Weiterreise aufgeben müssen.

— Die Versammlung preussischer Handelskammern war von etwa 40 der letzteren besetzt. Es handelte sich um die Vorbereitung der Stellungnahme zu den vom Handelsminister gestellten Fragen in Bezug auf die Umgestaltung der Handelskammern. Die obligatorische Errichtung von Handelskammern für das ganze Gebiet der Monarchie mit erweiterten Befugnissen wurde im Interesse der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Landes für ein entschiedenes Bedürfnis erachtet.

— Die freikonservative Partei des Reichs- und Landtages veranstaltete am Dienstag ein Fraktionsdiner, an welchem sich auch der Landwirtschaftsminister Fehr. v. Hammerstein-Boitzen betheiligte.

— Die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe wird am 18. Februar in Berlin abgehalten werden.

— Der achte allgemeine deutsche Handwerkerkongress findet am 21., 22. und 23. April d. J. in Halle a. S. statt.

— Die gestern hier abgehaltene Hauptversammlung des Vereins Berliner Künstler hat beschlossen, im Jahre 1896 in Berlin eine große internationale Kunstausstellung zu veranstalten. Der Verein wählte Anton Werner zum Ehrenmitglied.

— Die Kommission der „wirtschaftlichen Vereinigung“ hat gestern den Beschluß gefaßt, den Antrag Kanitz alsbald im Reichstag einzubringen. Die Regierung hatte dem Wunsche, einen Kommissar an den Beratungen theilnehmen zu lassen, nicht entsprochen.

— Die Kommission zur Vorberathung der Umsturzvorlage hat vorläufig die Bestimmung der Vorlage über die Beherrschung von Verbrechen und alle dazu gestellten Abänderungsanträge mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Minister von Köller beschwerte sich, daß Abg. Frohme (Soz.) seine Aeußerungen über den bekannten Journalisten Reuß falsch protokolliert habe. Er habe nicht gesagt, daß er Mittheilungen von Reuß empfangen oder sonst sich seiner bedient habe, oder noch bediene. Auch das Protokoll der Sitzung sei durch den Abg. Frohme nicht richtig geführt worden. Abg. Frohme protestirt dagegen, das Protokoll nicht korrekt geführt zu haben, er habe die Aeußerungen des Ministers genau so wiedergegeben, wie sie gefallen; er bezeichne die Unterstellung des Ministers als „dolosa“, wofür er vom Vorsitzenden Dr. Bötticher zur Ordnung gerufen wird. Abg. Frohme legt darauf sein Amt als Schriftführer nieder. Abg. Bebel behauptet ebenfalls die Richtigkeit des Protokolls und bekräftigt die Zuziehung eines Stenographen. Die Abgg. Dr. Enneccerus und Fehr. v. Stumm treten der Auffassung des Ministers bei, dessen Ausführungen mißverstanden seien.

— Infolge der Mandatsniederlegung des freikonservativen Abgeordneten Casselmann muß für den Wahlkreis Eisenach-Darmstadt eine Reichstagsnachwahl stattfinden. Bei der letzten Hauptwahl war eine Stichwahl erforderlich, bei der der freikonservative Casselmann mit 7570 Stimmen über seinen nationalliberalen Gegner Siegle, welcher 7560 Stimmen erhielt.

— Der Berliner Magistrat hat beschlossen, beim Reichstag vorstellig zu werden, daß der in der Gewerbeordnungsnovelle vorgeschlagene Bestimmung, in § 42 b der Gewerbeordnung in Absatz I die Worte „auf Grund eines Gemeindebeschlusses“ zu streichen, die Zustimmung untersagt werde.

— Auf Antrag der Mitglieder des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens war bekanntlich der Redakteur der „Täglichen Rundschau“, Lange, wegen eines antisemitischen Artikels zu einer Geldstrafe verurtheilt worden. Heute in der Berufungsinstanz wurde derselbe freigesprochen. Der Gerichtshof erkannte den Klägern die Aktivlegitimation zur Stellung der Klage ab, weil Lange im Verlauf der Verhandlungen erklärt hatte, daß ihm die Absicht, die Juden ohne Ausnahme zu verdammen, fern gelegen habe.

### Ausland.

Paris, 23. Januar. Der Direktor der Infanterie-Abtheilung im Kriegsministerium, Fournier, ist zum Chef des Militärhauses des Präsidenten der Republik ernannt worden.

Madrid, 23. Januar. Lopez Dominguez ist zum Marschall ernannt worden.

Konstantinopel, 22. Januar. Infolge der von dem britischen Botschafter Currie wegen der Verhaftung des Direktors der britischen Postverwaltung, Cobb, erhobenen Vorstellungen ist an die Botschaft ein Entschuldigungsschreiben gerichtet worden, durch welches die Angelegenheit beigelegt ist.

Konstantinopel, 23. Januar. Die Untersuchungskommission für die armenischen Greuel ist am 18. Januar in Rußland eingetroffen. Der erste Bericht der Kommission wird noch im Laufe dieser Woche erwartet.

Newyork, 23. Januar. Die Polizeimannschaften zeigen große Sympathie für die ausländischen Straßenbahnbediensteten, so daß der Chef der Polizei eine Bekanntmachung erlassen mußte, daß jeder Polizist, der nicht vollkommen seine Pflicht thue, entlassen werde.

### Provinzialnachrichten.

Strasburg, 21. Januar. (Priester-Jubiläum.) Am 29. Mai feiert der katholische Pfarrer und Delegat Ramromski sein 50jähriges Priesterjubiläum. Es hat sich ein Komitee gebildet, welches die Vorbereitungen zur würdigen Feier dieses seltenen Festes treffen will.

Danzig, 21. Januar. (Alpenverein. Erben gesucht.) In der am Sonnabend abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins des deutschen und österreichischen Alpenvereins wurde nach längerer Debatte gegen eine starke Minorität beschlossen, sich im Princip für den Bau einer Hütte auf der Mt. Franz-Alp in den Dolomiten durch die Section Danzig zu erklären. Gleichzeitig wurde zur Vorbereitung aller weiteren Maßnahmen ein Hütenbaukomitee, bestehend aus den Herren Dr. Hanff, Dr. Terlich und Abg. Selhorn-Danzig, Justizrath Horn und Ingenieur Reiter-Ebing und Dr. Weyer-Thorn gewählt. — Der am 29. April 1843 zu Neu-Schlawin (Kreis Schlawe) geborene Fruchthändler Ernst Hermann Last ist am 20. Mai 1894 in Melbourne (Australien) gestorben, und es sollen jetzt die Verwandten desselben ermittelt werden. Die Familie Last ist von Neu-Schlawin nach Steinorth im Kreise Salame und von dort vor ungefähr 30 Jahren in die Gegend von Danzig verzogen. Last ist in Melbourne ohne Leibeserben gestorben, und jetzt suchen die Behörden in der Danziger Gegend nach dem Erben.

Danzig, 23. Januar. (Norddeutsche Gewerbeausstellung.) Zwecks Betheiligung der Provinz Westpreußen an der Norddeutschen Gewerbeausstellung in Königsberg fand heute Vormittag im Landeshause unter dem Vorsitze des Herrn Oberpräsidenten Dr. von Gohler eine Sitzung statt, an der einige 20 Herren Theil nahmen. Die Betheiligung bezw. die Beschickung der Ausstellung verspricht eine recht rege und vielseitige zu werden. Um die nöthigen Vorbereitungen und Anordnungen zu treffen, wurde ein Centralkomitee gewählt, zu dessen Ehrenvorsitzenden Herr Oberpräsident von Gohler gewählt wurde. Zu Mitgliedern des Komitees, dem das Recht der Cooptation und der Unterorganisation zugebilligt ist, wurden gewählt zum Ersten Vorsitzenden Herr Oberbürgermeister Dr. Baumbach, zum zweiten Vorsitzenden Herr Stadtrath Schüb, zu den übrigen 14 Mitgliedern die Herren Stadtrath Bischoff-Danzig, Stadtrath Ehlers, Dr. Fehrmann, Stadtbaurath Fehlhauer-Danzig, Dr. Fehrmann-Br. Stargard, Korth-Marienburg, Otto Rünkerberg, Muscate-Danzig, Direktor Professor Nagel-Ebing, Dr. Ostermayer-Danzig, Schönicke jun.-Danzig, Schwarz-Thorn, Regierungsrath und Geweberath Trilling-Danzig, Benkhe Graudenz, O. Wanhfried-Danzig.

Zittau, 23. Januar. (Ein sozialdemokratischer Vertrauensmann.) Der Vertrauensmann der Gewerkschaften, Kunze, ist verhaftet und gleichzeitig fünf Bücher, Briefe und Schriften beschlagnahmt worden. Die Verhaftung soll mit dem hiesigen Tschillerkreise zusammenhängen.

### Lokalnachrichten.

Ehren, 24. Januar 1895.  
— (Stadtverordneten-sitzung.) Gestern Nachmittags 3 Uhr fand eine Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums statt. Anwesend waren 28 Stadtverordnete. Den Vorsitz führte Herr Stadtverordneter-vorsteher Prof. Boethle. Am Ende des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Dr. Köhl, Bürgermeister und Rämmerer Stadomitz, Syndikus Keld und Stadträte Rudies, Fehlgauer, Behrendsdorf, Ritter und Böschmann. Nach Eröffnung der Sitzung gelangen zunächst die auf die Neujahrsgrüßwünsche an die kaiserlichen Herrschaften eingegangenen Dankschreiben zur Berlesung, die wir in ihrem Wortlaut schon in gestri-

ger Nummer mitgeteilt haben. Alsdann wird in die Beratung der Vorlagen des Verwaltungsausschusses getreten; Referent Stv. Kollinski. 1. Vergebung der Kammerei-Arbeiten für das Etatsjahr 1895/96. Im Submissionsstermin sind Mindestfordernde geblieben: für Schmelzarbeiten Eichstädt, für Schlosserarbeiten Wittmann, Klempnerarbeiten Paß, Zimmerarbeiten Krives, Böttcherarbeiten Rockna, Stellmaderarbeiten Vorkowski, Tischlerarbeiten Kyskowski, Glaserarbeiten Jul. Hell, Malerarbeiten Sumalski, Maurerarbeiten Bod, Dachdeckerarbeiten Höhle, Pfisterarbeiten Busse. Der Magistrat beantragt, diesen Mindestfordernden den Zuschlag zu erteilen und nur bei den Dachdeckerarbeiten eine Ausnahme zu machen, die wegen ungünstiger Erfahrungen, die man mit dem Mindestfordernden für diese Arbeiten gemacht, dem zweiten Bieter, Herrn Kraut für seine um 10 pCt. höhere Forderung von 15 pCt. unter dem Anschlag übertragen werden sollen. In der Debatte wurde bezweifelt, ob zur Vergebung des Zuschlages an den Mindestfordernden genügender Grund vorliege, die Abstimmung ergab aber Annahme des Magistratsantrages. — 2. Die Verlängerung des mit dem Ziegeleimeister Samulewitsch bestehenden Vertrages wird auf ein weiteres Jahr genehmigt. Stv. Plehwe bemerkt hierbei, daß die nur in mäßigem Umfange noch betriebene Fabrikation von Pfannen in der städtischen Ziegelei garnicht mehr lohne und beantragt, diese Fabrikation ganz einzustellen; für den Antrag fand sich jedoch keine Mehrheit. — 3. Verpachtung der Marktschlachthausgebäude pro 1. April 1895/96. Im Verpachtungstermin wurde von Volkmann mit 6600 Mk. das Meistgebot abgegeben. Der bisherige Pächter, Kruczkowski hat ein Schreiben an die Stadtvorordnetenversammlung gerichtet, in welchem er bittet, ihm auf sein Gebot von 6637 Mk. den Zuschlag zu erteilen. Referent Stv. Kollinski bemerkt hierzu, daß R. der Stadt immer ein zahlungsfähiger Pächter gewesen sei. Die Stov. Uebritz und Preuß sind für die Zuschlagserteilung an Kruczkowski. Oberbürgermeister Dr. Koblitz tritt auch bei diesem Gegenstande das Prinzip des Submissionsverfahrens aufrechterhalten, daß immer der Höchste resp. Mindestfordernde den Zuschlag zu erhalten hat, wenn gegen denselben nichts vorliege. Stv. Wolff ist gleicher Meinung; übergehe man den Meist- resp. Mindestfordernden bei Submissionen, so werde man die Konkurrenz. Das Marktschlachthaus bringe durch die Neuanordnung, welche infolge Eingabe eines Konkurrenten erfolgte, 1500 Mk. mehr ein. Die Verammlung stimmt der Zuschlagserteilung an Volkmann zu. — 4. Die Verlängerung des Vertrages mit dem Tischlermeister Knaack über die Mithung des Ganges zwischen den Grundstücken Neustadt Nr. 18 und 19 wird genehmigt; die Mithie ist von 28 auf 50 Mk. erhöht. — 5. Den Bedingungen zur Verpachtung der Marktschlachthausgebäude u. a. auf dem Vieh- und Pferdemarkt erteilt die Versammlung ihre Zustimmung. — 6. Vergebung der Druckmaschinenlieferung für die städt. Verwaltung pro 1. April 1895/96. Mindestfordernder ist Buchdruckerbesitzer Buszjynski mit 55 pCt. unter dem Anschlag. Die Zuschlagserteilung an ihn wird genehmigt. — 7. In die Schlachthausdeputation wird an Stelle des aus der Versammlung ausgeschiedenen Stv. Kunze der Stv. Hartmann gewählt. — 8. Die Lieferung des Schreibpapiers für die städt. Verwaltung pro Etatsjahr 1895/96 wird an den Mindestfordernden, Buchbindermeister Schulz vergeben. — 9. Von den Betriebsberichten der städtischen Gasanstalt für die Monate Oktober und November 1894 wird Kenntnis genommen. Für Oktober wird wieder ein bedeutender Gasverlust infolge des Baues der Wasserleitung nachgewiesen, der auch dem Fonds derselben zur Last geschrieben ist. Stv. Cohn fragt an, ob sich die Zeitungsnotiz von der Genehmigung der städtischen Anleihe bestätigte. Bürgermeister Stadowitsch bejaht die Frage. Stv. Cohn: Er glaube, daß es bei dem gegenwärtigen Stande des Geldmarktes leicht sein werde, die Anleihe zu 3 1/2 pCt. zu begeben, und schlägt vor, daß man nicht die ganze Anleihe einem Bankhause zur Emmission übergebe, sondern einen Teil derselben auf die städtischen Nebenlassen übernehme, die ihre vorhandenen Effekten veräußern könnten. Das werde die Kosten der Emmission wesentlich ermäßigen. Bürgermeister Stadowitsch erwidert, über die Begebung der Anleihe werde der Versammlung eine Vorlage zugehen; vorläufig habe der Magistrat sich über die Art der Begebung noch nicht schlüssig gemacht. — 10. Der Magistrat macht Mitteilung davon, daß er beschloßen hat, die Frage der Erbauung eines neuen Spritzenhauses auf ein Jahr zu verlagern. Der Bau sei zwar notwendig, aber noch nicht ausführbar, weil die Bauplatzfrage erst durch die Entscheidung über den Bau des Amtsgerichtsgebäudes und einer Elementarschule gelöst werden müsse, weil es sich ferner empfehle, die beachtete Reorganisation der Feuerwehr und des Straßenreinigungswesens abzuwarten und weil schließlich die durch den Bau der Wasserleitung veränderten Verhältnisse auch eine Aenderung des Bauplatzes notwendig erscheinen ließen. Die Versammlung erklärte sich mit dem Magistratsbeschlusse einverstanden. — 11. Von der Wahl des Schulamtskandidaten B. Kowalski zum Lehrer an der Knaben-Mittelschule wird Kenntnis genommen. — 12. Eröffnung der Kühlanlage im städtischen Schlachthaus. Nach Antrag des Magistrats soll die Uebergabe des fertig gestellten Kühlhauses am 12. März erfolgen und mit dem 1. April, dem Beginn des neuen Etatsjahres sollen die erhöhten Schlachthausgebühren zur Erhebung gelangen. Stv. Wolff ist dafür, daß die erhöhten Gebühren nach dem Vorschlage der Schlachthaus-Deputation erst vom 1. Mai ab erhoben werden, da die Fleischermeister das Kühlhaus vor Eintritt der wärmeren Jahreszeit doch nicht benutzen könnten. Der Magistratsantrag wird genehmigt. Auf eine Anfrage erwidert Stadtrath Feilauer, daß eine Vermietung der Kühlräume im Einzelnen nicht beabsichtigt sei; sie sollen im ganzen der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Es seien so viele Räume vorhanden, daß ein Mangel nicht eintreten könne. Ertraggebühren würden für die Benutzung der Schlachthausräume nicht erhoben. — 13. Die Weitervermietung des Platzes oberhalb des Schantheuses III am Weichselufer an den Schantheuspächter Kruczkowski auf drei Jahre zu dem jährlichen Pachtpreise von 25 Mk. wird genehmigt. — Es folgt die Beratung der Vorlagen des Finanzausschusses; Referent Stv. Dietrich. 1. Der Haushaltsplan der Leihrenten- und Almsenkhaltung pro 1. April 1895/96 wird in Einnahme und Ausgabe auf 12 300 Mk. festgestellt. — 2. Beim Haushaltsplan der städtischen Ziegelei-Verwaltung pro 1. April 1895/96 wird die Einnahme aus der Fabrikation von Pfannen um 3683 Mk. herabgesetzt. Einnahmen und Ausgaben werden auf 42 720 Mk. festgestellt; der an die Kammereikasse abgeführte Ueberschuß beträgt 2600 Mk. Referent Stv. Dietrich bemerkt, es sei im Ausschusse zur Sprache gekommen, daß die Erträge der Ziegelei von Jahr zu Jahr zurückgingen. Man habe Zweifel ausgesprochen, ob die Stadt mit dem Betriebe der Ziegelei überhaupt noch ein Geschäft mache; gegen die Fortsetzung des Betriebes habe man aber schließlich noch nichts einwenden wollen. Im Jahre 1893 habe die Ziegelei noch einen Ueberschuß von 5300 Mk. ergeben. Stv. Plehwe: Der Ueberschuß der Ziegelei von 2600 Mk. stehe nur auf dem Papier, in Wirklichkeit scheint ihm die Ziegelei einen Zuschuß seitens der Stadt zu erfordern. Er sei nämlich der Meinung, daß die Stadt der Ziegelei viel zu hohe Preise zahle, Preise, wie sie von Privatnehmern nicht zu bekommen seien. Stadtrath Böckmann, Deputierter der Ziegelei, findet diese Behauptung unbegründet und sucht sie zu entkräften. Stv. Uebritz: Herr Plehwe habe nicht Unrecht, indes seien die Fabrikate der Ziegelei doch auch von ganz besonders guter Qualität, so daß selbst Private hohe Preise für sie zahlten; jedenfalls könne man Steine anderer Ziegeleien mit den Fabrikaten unserer Ziegelei nicht vergleichen. Oberbürgermeister Dr. Koblitz: Die städtische Ziegelei biete der Stadt den Vortheil, daß sie ihr jederzeit beliebige Mengen Ziegel liefern könne; dieser Vortheil sei nicht gering anzuschlagen, wenn er sich auch nicht in einer Summe ausdrücken lasse. Referent Stv. Dietrich: Die Ansicht des Herrn Plehwe überrasche ihn nicht, denn was man sich im Ausschusse gesagt habe, sei so ziemlich dasselbe gewesen. Damit war die Debatte zu Ende. — 3. Die Rechnung der Kammerei-Depositenkasse pro 1. April 1893/94 wird genehmigt, ebenso 4. die Rechnung der städtischen Uferkasse pro 1. April 1893/94. Die Einnahme beträgt 24 651 Mk., die Ausgabe 19 289 Mk., so daß ein Bestand von 5362 Mk. verbleibt. Im Vorjahre betrug der Bestand 4350 Mk. Stv. Plehwe regte eine Kontrolle des Polizeibeamten an, welcher die Weichseluferplätze zur Lagerung von Holz vermietet und auch die Mietzgebühren einzieht. Es wurde beschloßen, den Magistrat aufzufordern, daß die von dem betreffenden Beamten zu liefernden Monatsnachweisungen von einem zweiten Beamten geprüft werden. Stadtr. Wolff meint, die Vermietung der Uferplätze würde sich vereinfachen, wenn man dieselben im Einzelnen immer auf ein Jahr verpachte. Oberbürgermeister Dr. Koblitz wies demgegenüber darauf hin, daß man damit ein den ganzen Holzhandel schädigendes Monopol für einige wenige große Interessenten schaffen würde, auch käme bei Vermietung im Einzelnen kein höheres Gehaltsträgern heraus. — 5. Der Haushaltsplan für die städtische Schlachthausverwaltung pro 1. April 1895/96 wird in Einnahme und Ausgabe auf 69 524 Mk. festgestellt. Die Maschinen und Dampfessel

der Schlachthausanlagen sollen gegen Explosionsgefahr versichert werden. Ferner wird dem Antrag des Magistrats gemäß beschloßen, die Gebühren für die Unternehmung des Fleisches von auswärts geschlachteten Thieren von 1. April ab wie folgt zu erhöhen: Großvieh 3 Mk., Kleinvieh 50 Pf., Schweine pro Stück 1,75 Mk. Die Erhöhung der Schaugebühren wird durch die bereits erfolgte Erhöhung der Schlachthausgebühren beantragt; sie mußte nachfolgen, weil sonst der Winkelschlachtereier Vorbehalt geleistet würde. Die Tagesordnung ist nunmehr erschöpft. Schluß der Sitzung um 1/2 6 Uhr. — (Personalie.) Dem Regierungs- und Baurath Reuter, Mitglied der kgl. Eisenbahndirektion in Bromberg, ist der Charakter als Geheimrath verliehen. — (Grund- und Gebäudesteuer und Gewerbesteuer.) Auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1893 werden mit dem 1. April 1895 die Grund- und Gebäudesteuer, sowie die Steuer von Betrieben stehender Gewerbe einschließlich der Betriebssteuer der Staatskasse gegenüber außer Hebung treten. Soweit diese Steuern alsdann als Kommunalsteuern fortbestehen, haben die Gemeinden selbst auf eigene Kosten die Hebung und Beitreibung zu bewirken. Besondere Ordnungen über die Erhebung einer Grund- und Gebäudesteuer werden wohl nur von vereinzelten Gemeinden beschloßen werden. Die Gemeindegeldgaben werden in den meisten Gemeinden als Zuschläge zu den veranlagten Realsteuern erhoben werden. Die Betriebssteuer wird den Kreisen überwießen. Dieselbe ist von den Ortsbehörden in den veranlagten Beträgen von den Pflichtigen ihres Bezirks zu erheben und am Schlusse jeden Vierteljahres an die Kreis-Kommunalkasse abzuführen. — (Domänen-Verpachtung.) Im Jahre 1894 sind von westpreussischen Domänen die im Regierungsbezirk Marienwerder gelegenen Vorwerke Brodden (Kreis Marienwerder) und Dombromben (Kreis Strasburg) nach Ablauf der 18-jährigen Pachtperiode auf neue verpachtet worden. Brodden hat bei einem Flächeninhalt von 510 Hektar bisher 24,80 Mark Pachtpreis für den Hektar getragen. Bei der Neuverpachtung wurden 26 Hektar der Forstverwaltung überwießen, für die übrig bleibenden 484 Hektar ist der Pachtpreis auf 16,60 Mark herabgesetzt. Von Dombromben, das 592 Hektar groß, bisher 32,93 Mk. für den Hektar brachte, werden jetzt nur 16,10 Mark Pachtpreis vom Hektar erhoben. — (Lotterie.) Die Erneuerung der Lose zur 2. Klasse Königl. preuss. Lotterie hat unter Vorlegung der Vorlassen-Lose bis zum 7. Februar, abends 6 Uhr, zu geschehen. — (Wesentliche Steuererordnungen.) Die Stadt Culm hat auf Grund der Bestimmungen des neuen Kommunalabgabengesetzes eine Ordnung betreffend die Erhebung einer Steuer von künstlichem Mineralwasser und sogenannten Tafelgetränken und eine Ordnung betreffend die Erhebung einer Steuer von flüssiger Kohlensäure erlassen. Nach diesen Ordnungen wird von den eingeführten künstlichen Mineralwässern eine Steuer von zwei Pfennig pro Flasche und von der eingeführten Kohlensäure eine Steuer von 25 Pfennig pro Kilogramm erhoben werden. Die Ordnungen sind von dem Bezirks-Ausschuß bestätigt worden. — (Landwirtschaftlicher Centralverein.) Nach dem Jahresbericht des landwirtschaftlichen Centralvereins zu Danzig hat letzterer im Jahre 1893 einen Zuwachs von 21 Zweigvereinen gehabt, so daß die Zahl derselben auf 108 gestiegen ist. Darunter sind 42 Vorklubsvereine mit 1614 Mitgliedern, 62 Bauernvereine mit 2553 Mitgliedern und der Kreisverein Schlochau mit ca. 1000 Mitgliedern. In sehr anerkennenswerther Weise haben die Staatsregierung und die Provinz dem Centralverein recht beträchtliche Zuwendungen gemacht. Außer dem gewöhnlichen Zuschusse erhöhte die Staatsregierung den außerordentlichen Zuschuß um 10000 Mark, so daß derselbe im Ganzen 50000 Mark betrug, und die Provinz gab zur Einführung von östpreussischen Rindviehställen an Kleingrundbesitzer 100000 Mark und zum Ankauf von Ochsen 200000 Mark. An Staatsunterstützung zur Errichtung von Stierhaltungsanstalten bzw. Bullenstationen sind dem Centralverein seit dem Bestehen dieser Einrichtung 50 033,32 Mark überwießen worden. Die mit Bullen besetzten Stationen repräsentieren einen Werth von 45 326 Mark. Von den bestehenden Stationen gehören dem Regierungsbezirk Danzig 49, dem Regierungsbezirk Marienwerder 112 an, zusammen 161, so daß eine Zunahme von 17 Stationen stattgefunden hat. — (Westpreussischer Provinzial-Lehrerverein.) Der Vorstand des westpreussischen Provinzial-Lehrervereins überreicht heute den Mitgliedern das Jahrbuch für 1894, welchem vier über das Lehrereinkommen unserer Provinz folgende Angaben entnehmen: Der Verein zählt in 97 Verbänden 1852 Mitglieder (1888: 41 Verbände und 1027 Mitglieder). Von der Gesamtmitgliedszahl entfielen auf die Kreise Thorn 102, Briesen 60, Strasburg 12 Mitglieder. — (Fahrpreisermäßigung.) Für die Personenbeförderung auf Eisenbahnen zur Filiale der Niederlassung der grauen Schwestern in Thorn sind ermäßigte Preise eingeführt worden. — (Fleischergesellen-Quartal.) Gestern Nachmittag fand in der Innungsherberge das Quartal der Fleischergesellen statt, bei welchem ein Junggeselle in die Gesellenschaft aufgenommen wurde. — (Soiree Fly und Glade.) Vor 20 Jahren mußte sich das Publikum auf dem Gebiete des Mythenis und Wunderbaren noch mit der bescheidenen Salonkunst der „höheren Magie“ begnügen, heute sind die Tischenstücker durch Produktionen in Gedankenleserei und Uebertragung, Anemotechnik, Spiritismus u. verdrängt. Das Vollkommenste in diesen schwierigen Künsten, die durchaus nicht auf übernatürlichen Kräften beruhen, konnte gestern das zahlreiche Auditorium bewundern, welches sich im Saale des Artushofes zu der Soiree des Künstlerpaars Fly und Glade eingefunden hatte. Die Vorführungen des Herrn Fly und der Madame Glade erregten ein ganz außerordentliches Interesse und fanden allseitigen lebhaften Beifall. Madame Glade, eine junge Dame von anziehendem Neußern, erwies sich als unübertreffliche Künstlerin in der Gedankenübertragung und Gedankenleserei, sie leistete einfach Unglaubliches. Dasselbe läßt sich von Herrn Fly bezüglich seiner Leistungen als Anemotechniker sagen. Auch die Enthüllung der Geheimnisse des spiritistischen Feltes mit seinem Spul von Resourvief größtes Staunen hervor. Bei allen Vorführungen wirkte die absolute Sicherheit des Künstlerpaars geradezu verblüffend. Es sei bemerkt, daß sich Herr Fly und Madame Glade bei ihren Experimenten keineswegs der Hilfe von bestellten Leuten bedienen, wie das bei den Soireen. Fauber-Soireen der Fall zu sein pflegt; sie experimentieren ganz frei und mit einer großen Anzahl von Personen aus der Besucher-menge, so daß von einer Täuschung des Publikums keine Rede sein kann. — Heute findet die zweite und letzte Soiree statt, deren Besuch wir bestens empfehlen. — (Wesentliche.) Das den Liebemannschen Erben gehörige Gut Königl. Neudorf, Kreis Briesen, ist für den Preis von 162 000 Mark in den Besitz des Administrators Herrn Bled in Heimsoot übergegangen. — (Strafklammer.) In der gestrigen Sitzung führte den Vorsitz Herr Landgerichtsrath Schulz I. Als Beisitzer fungirten die Herren Landgerichtsräthe von Kleinsorgen, Rah, Landrichter Girshberg und Gerichtsassessor Gottschewski. Die Staatsanwaltschaft vertrat Herr Staatsanwalt Buchholz. — Der Maurerlehrling Eugen Siebrandt von hier, welcher beschuldigt war, am 4. November v. J. mit einem Tetsing nach dem Knaben May Dreher hier, Bromberger Vorstadt, geschossen und letzteren am rechten Oberarm den Oberarm verletz zu haben, daß er an der Schußwunde länger als einen Monat im hiesigen Krankenhaus ärztlich behandelt werden mußte, wurde zu einem Monat Gefängnis verurtheilt. Es wurden ferner bestraft: Der Schiffsgeselle Franz Kwiatkowski von hier wegen Beleidigung, Bedrohung mit einem Verbrechen und einfacher vorläufiger Körperverletzung mit einer Gesamtstrafe von einer Woche Gefängnis, von der Anklage des Hausfriedensbruchs und der versuchten Nötigung wurde Kwiatkowski freigesprochen; der Fleischer Carl Felste aus Mader wegen Anstiftung zur Körperverletzung und wegen gefährlicher Körperverletzung mit einer Gesamtstrafe von zwei Monaten zwei Wochen Gefängnis. Von der weitergehenden Anklage des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs wurde Felste ebenfalls freigesprochen. Auch gegen den wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagten Schlossergesellen Gustav Koepke aus Culm erging ein freisprechendes Urtheil. — Verlagt wurden die Strafsachen gegen den Arbeiter Emil Felste aus Mader wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung, gegen den Maurerlehrling Dominik Wojcicki aus Culm z. B. in Haft wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle, gegen den Kellner Josef Jankiewicz aus Thorn und den Schlosser Franz Jankiewicz daher wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Sachbeschädigung. — (Polizeibericht.) In polizeilichen Gewahrsam wurden 15 Personen genommen.

— (Von der Weichsel.) Der heutige Wasserstand betrug mittags am Weichsel der Königl. Wasserbauverwaltung 1,97 Meter über Null. Telegraphischer Meldung zufolge betrug der Wasserstand bei Samich oft gestern früh 1,96 Mtr. und abends 1,69 Mtr. Bei Warschau ist die Weichsel heute auf 1,83 Meter, gestiegen. — (Viehmarkt.) Auf dem heutigen Viehmarkt waren 341 Schweine aufgetrieben, darunter 24 fette. Bezahlt wurden 32-34 Mk. für bessere und 30-31 Mk. für geringere Qualität pro 100 Pfd. Lebendgewicht. — (Podgorz, 24. Januar. (Verschiedenes.) Der Weg, welcher von Orabia nach Podgorz führt, wird wegen des Schiefens verlegt resp. auf einige Tage ganz gesperrt werden müssen. Zur Besprechung über diese Angelegenheit hat der Herr Kreislandrath einen Termin auf Dienstag den 5. Februar d. J. in seinem Bureau in Thorn anberaumt. — Zwei Arbeiter, einer von hier, der andere aus Mader, erlaubten sich den Scherz, auf der Ringhauffe in der Nähe des Schiefplatzes mit Revolvern zu schießen. Beide Leute sind zur Anzeige gebracht worden. — Dem Höter R. auf Abbau Podgorz wurden eine Menge Flaschen Branntwein beschlagnahmt, weil R., ohne einen Schankkonzess zu besitzen, Spirituosen gegen Bezahlung verabfolgte. — Schlamm sind in der jetzigen Jahreszeit die Kettenhunde dran. Oft hört man ganze Nächte hindurch das Winseln und Heulen der vor Kälte zitternden Thiere, denen nicht der geringste Schutz zu theil wird. — (Aus dem Kreise Thorn, 23. Januar. (Brand.) Der Besitzer Deuble in Rogowo ist am 18. d. Mts. schon wieder von einem Brand-unglück heimgeführt worden; es brannte ihm ein Weizenfaden nieder, der bei der westpreussischen Feuer-Sozietät mit 1800 Mark versichert ist. Fast in jedem Jahre brennt es bei Deuble und jedesmal ist das Feuer auf böswillige Anlegung zurückzuführen, wie auch diesmal wieder. Hoffentlich kommt man dem Thäter nun endlich auf die Spur. — (Dampfessel-Explosion.) In der Papierfabrik von Speele bei Cassel ist der Dampfessel explodirt. Ein Todter und drei lebensgefährlich verletzte Personen wurden aus den Trümmern herausgezogen. — (Schiffbruch.) Die deutsche Bark „Carl Lint“, von London nach Trinidad unterwegs, wurde am 16. Januar auf See in sinkendem Zustande verlassen. Ein Theil der Mannschaft wurde gerettet. Der Kapitän und sechs Mann der Besatzung landeten in Caribbi; die übrigen werden vermißt. — (Neueste Nachrichten.) Paris, 23. Januar. Nach dem Empfang im Elysee besprach sich Bourgeois mit den hauptsächlichsten Mitarbeitern. Es wurde beschloßen, daß Bourgeois neben dem Präsidium die Finanzen, Janoteau das Auswärtige, Cavaignac das Kriegeministerium und Combes die Marine übernimmt. — Petersburg, 24. Januar. An Stelle des verstorbenen Sabotkin wird demnächst Woronzow-Williamow aus Warschau zum Chef des Militär-Gewesens ernannt werden. — Athen, 23. Januar. Das neue Kabinet setzt sich wahr-scheinlich wie folgt zusammen: Delyannis Präsidium und Auswärtiges, Papadimantopulo Krieg, Vlachos Kultur, Schiffskapitän Crifis Marine, Constakapolo Inneres und Delmezis Finanzen. — Washington, 23. Januar. Staatssekretär Gresham benachrichtigte den Kongress, daß der zur Erfüllung der Verbindlichkeiten der Vereinigten Staaten auf Samoa erforderliche Betrag auf 6000 Dollars geschätzt wird. — Einer Meldung des amerikanischen Gesandten in China zufolge werden die chinesischen Gesandten am 28. d. sich nach Japan begeben. — Verantwortlich für die Redaktion: Heinr. Wartmann in Thorn. — Telegraphischer Berliner Börsenbericht. 24. Jan. 23. Jan.

	24. Jan.	23. Jan.
Tendenz der Fondsbörse:	fest.	
Russische Banknoten p. Kassa	219-40	219-30
Wechsel auf Warschau kurz	219-25	219-15
Preussische 3% Konsols	98-10	97-30
Preussische 3 1/2% Konsols	104-60	104-75
Preussische 4% Konsols	105-90	106-
Deutsche Reichsanleihe 3%	97-70	96-90
Deutsche Reichsanleihe 3 1/2%	104-75	104-75
Polnische Pfandbriefe 4 1/2%	69-10	69-
Polnische Liquidationspfandbriefe	—	66-80
Westpreussische Pfandbriefe 3 1/2%	102-10	101-90
Diskonto Kommandit Antheile	206-90	205-
Oesterreichische Banknoten	164-20	164-10
Weizen gelber: Januar	—	—
Mai	138-	138-50
Isto in Newyork	60-	60 1/2
Roggen: Ioto	114-	114-
Januar	—	—
Mai	117-50	117-75
Juni	118-	118-25
Safer: Ioto	105-138	106-140
Mai	113 1/2	114-
Rübsl: Januar	43-	43-10
Mai	43-50	43-60
Spiritus:		
50er Ioto	51-60	51-70
70er Ioto	32-10	32-10
70er Januar	36-40	36-40
70er Mai	37-50	37-50
Diskont 3 pCt., Lombardzinsfuß 3 1/2 pCt. resp. 4 pCt.		

Berlin, 23. Januar. (Städtischer Centralviehhof.) Amlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 422 Rinder, 6215 Schweine, (dabei 548 Bakonier), 1225 Käber, 1044 Hammel. Rinder wurden etwa zur Hälfte, und zwar zu unveränderten Preisen des vorigen Sonnabends verkauft. — Der Schweinemarkt verlief ruhig und wurde in inländischer Waare geräumt. 1. 50-51, ausgesuchte Fokken darüber; 2. 48-49, 3. 45-47 Mk. pro 100 Pfund mit 20 pCt. Tara per Stück, Bakonier 43 Mk. pro 100 Pfund mit 55 Pfund Tara per Stück. — Der Käberhandel gestaltete sich langsam. 1. 56-60, ausgesuchte Waare darüber; 2. 46-55, 3. 40-45 Pf. pro Pfund Fleischgewicht. — Am Hammelmart fand nur ca. 1/2 des Auftriebes zu Preisen des letzten Sonnabends Abfah. — Königsberg, 23. Januar. Spiritusbericht. Pro 10000 Liter ohne Faß unverändert. Zufuhr — Liter. Gefündigt — Liter. Loko kontingentirt 51,50 Mk. Br., 50,75 Mk. Ob., — Mk. bez., nicht kontingentirt 32,00 Mk. Br., 31,50 Mk. Ob., — Mk. bez. — Getreidebericht der Thorer Handelskammer für Kreis Thorn. Thorn den 24. Januar 1894. Wetter: sehr schön, leichter Frost. (Weis pro 1000 Kilo ab Bahn verzollt.) Weizen matt, 125 Pfd. bunt 123 Mk., 128/30 Pfund hell 126/8 Mk., 132 Pfd. hell 129 Mk. Roggen matt, 121/2 Pfd. 104 Mk., 123/5 Pfd. 105/6 Mk. Gerste gedrückt, in Folge größerer Angebots, keine Brauwaare 120/4 Mk., feinste feurer, Mittelwaare 105/10 Mk. Erbsen flau, gute Futterwaare 94/5 Mk. Safer flau, gute reine Waare 100/4 Mk. — Kirchliche Nachrichten. Freitag den 25. Januar 1895. Evangelische-Lutherische Kirche: abends 6 1/2 Uhr Bibelkunde: Superintendent Rehm.

